

Gerichtsakten auf YouTube

Kampf gegen Nacktfotos im Internet

Ein Kinderschänder soll nach seiner Haftentlassung Prozessunterlagen ins Netz gestellt haben. Eine Mutter wehrt sich.

VON BRIGITTE KIRCHGATTERER

Fünf Jahre und sechs Monate saß ein 66-jähriger Bad Goiserer im Gefängnis, weil er über Jahre etwa 60 Buben missbraucht hatte. Nach seiner Haftentlassung tauchten plötzlich alte Prozessdaten, Aussagen und Nacktfotos der Kinder auf YouTube auf (der KURIER berichtete).

Die Opfer und ihre Familien sind schockiert. Staatsanwaltschaft und Polizei hatten es nicht geschafft, dass YouTube die Daten entfernt. Erst als sich der Wiener Anwalt Gerald Ganzger einschaltete, wurden sie gelöscht – nach 13 Monaten. Der Verurteilte soll das Material ins Netz gestellt haben.

Trauma Für einen 23-jährigen Salzburger war es im Jänner 2011 ein Schock, als er beim Internetsurfen seine Nacktfotos und die alten Prozessdaten im Internet sah. Mehr als 7000 Zugriffe



Rainer König-Hollerwöger unterstützt die Mutter von zwei Opfern

gab es auf YouTube-Links, wie „The Gaylisten“ oder „Superboys 1997“. „Es wurde da nach dem Prozess 2003 eine Wunde aufgerissen. Das Leben meiner zwei Söhne wurde für immer zerstört. Die Behörden sagten: Da kann man nichts machen“, erzählt eine 47-jährige Mutter und kämpft mit den Tränen.

Viele der Betroffenen wollen nicht mehr an die Öffentlichkeit gehen. „Sie haben keine Kraft mehr. Sie wollen endlich Ruhe, nachdem der Missbrauchsskandal 1997 aufgefliegen war. Sie fordern, dass dieser Wahnsinn endlich abgestellt wird und dass sie von den Behörden nicht allein gelassen werden. Und wir fordern finanzielle Entschädigung“, sagt die Mutter.

Der Sozialwissenschaftler Rainer König-Hollerwöger und Anwalt Ganzger werden nicht locker lassen: „Es reicht. Gegen Unbekannt ermitteln, das ist ein Witz. Da stellt einer Unsittliches ins Netz und verstößt gegen den Datenschutz und Persönlichkeitsrechte.“ Ganzger wird bei der StA Wels beantragen, dass Ermittlungen gegen den Verdächtigen eingeleitet werden.

Der Mann war gemeinsam mit sechs Mittätern verurteilt worden, weil er sich an Buben im Kindergarten- und Volksschulalter vergriffen hatte. Er stritt alles ab, die Buben bestätigten den Missbrauch. Noch bis heute kämpfen die Betroffenen mit enormen Folgeschäden.

► Wien

Psycho-Akten lagen im Müll

Ein brisanten Fund machten Anrainer in der Lustkandlgasse in Wien-Alsergrund, die vergangenes Wochenende ihren Müll entsorgen wollten: Die Altpapier-Container waren bereits vollgestopft mit 40 roten Aktenordnern. Inhalt: Tausende Honorarnoten von Psychotherapeuten samt Patientennamen und dazugehörigen Diagnosen. „Herr X. X., Kleptomanie“, ist darin zum Beispiel zu lesen, berichtet *Der Standard*.

Die heiklen Unterlagen stammen von der Wiener Gesellschaft für psychotherapeutische Versorgung (WGPV). Sie hat in der Lustkandlgasse ihr Büro und ist für die Abrechnung für Psychotherapie auf Krankenschein zuständig.

„Das war ein Versehen“, beteuert WGPV-Vorstand Heinz Laubenreuter gegenüber dem KURIER. „Eine Mitarbeiterin hat die Ordner im Büro gestapelt. Die Putzfrau hat das missverstanden und sie in die Container geworfen.“ Mittlerweile seien die Unterlagen aber wieder sicher verwahrt.

Man werde sich aber jetzt auf keinen Fall an der Reinigungskraft abputzen, sondern alle Mitarbeiter so instruieren, dass so eine Panne nicht mehr vorkommen könne.

Laut Hans Zeger von der ARGE Datenschutz kommen derart grobe Schlamereien immer wieder vor: „Erst vor einigen Jahren wurden 30 Kilo Bewerbungsunterlagen mit sehr heiklen Informationen auf einem Parkplatz gefunden.“

Grober Verstoß Im aktuellen Fall sieht Zeger einen groben Verstoß gegen Sicherheitsbestimmungen, die bei einer Anzeige zu einer Verwaltungsstrafe von bis zu 10.000 Euro führen kann. Verantwortlich sei sicher nicht die Putzfrau, sondern die Geschäftsführung.

Unter Umständen könnten auch Ansprüche auf Schadenersatz entstehen. Zudem seien die Betroffenen zu verständigen. Laubenreuter dazu: „Wir haben diese Frage prüfen lassen. Derzeit besteht dafür offenbar keine Notwendigkeit.“ – Josef Gebhard

Menschen in Todesangst: Karl verärgert

Amoklauf-Übung – Die weder angemeldete noch kommunizierte Amoklauf-Übung am Bezirksgericht Klagenfurt wird Konsequenzen nach sich ziehen. Wie berichtet, erlitten mehrere Mitarbeiter des Gerichts einen schweren Schock.

Justizministerin Beatrix Karl ging Dienstagabend im ORF-Report ins Detail: „Wir prüfen disziplinarrechtliche Schritte.“ Bei der Übung vor einer Woche war ein Amoklauf im Bezirksgericht Klagenfurt nachgestellt worden. Ein fiktives Opfer, dargestellt von einem Exekutivbeamten, wurde gar per Kopfschuss niedergestreckt. Der bizarre Testlauf wurde geheim gehalten. Ergebnis: Einige Personen erlitten bei dem Test einen schweren Schock und mussten sogar psychologisch betreut werden.

Karl bezeichnete diese Vorgangsweise als „völlig überzogen“. Die Ministerin weiter: „Es ist nicht zu rechtfertigen, dass Menschen in Todesangst versetzt wurden.“ Weiters kündigte Karl einen Erlass ihres Ressorts an. Damit sollen Regelungen geschaffen werden, damit sich eine solche Panne nicht wiederholen kann.